

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.40 Goldmark, vierteljährlich 7.20 Goldmark, halbjährlich 13.80 Goldmark, jährlich 26.40 Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Meinungen“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 31. Dezember 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Hoesch bei Herriot.

Einstündige Unterredung über das Räumungsproblem.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Botschafter v. Hoesch ist am Dienstagmorgen 4 Uhr vom Ministerpräsidenten Herriot in seinem Anzimmers empfangen worden.

Frankreich plant eine Herabsetzung der Besatzungskosten.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Ein offizielles Kommuniqué teilt mit, daß die am Montag stattgefundenen Konferenzen an der Spitze Herriot, Tirard und dem General Guillaumat auch der Abgeordnete Lamoureux teilnahm.

Neue Veröderung der Ententnote?

London, 30. Dezember. (WTB.) Reuter erfährt, daß die von der Botschafterkonferenz entworfene Note an die deutsche Regierung den beteiligten alliierten Regierungen zur Prüfung vorgelegt worden ist.

Kabinettskrise in Italien?

Rom, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagmorgen ist plötzlich und überraschend der Ministerrat zusammengetreten, während die nächste Kabinettsitzung erst für den 2. Januar vorgezogen war.

Der amtliche Bericht.

Rom, 30. Dezember. (Stefani.) Nach dreistündiger Beratung wurde das folgende Kommuniqué ausgegeben: „Der Ministerrat war einstimmig in der Beurteilung der von unverantwortlichen Elementen geschaffenen Zone sowie deren Auswirkung besonders auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet.“

Die Agenzia Stefani schreibt weiter, daß die Gerüchte über die Demission einiger Minister jeder Begründung entbehren, wie sich im übrigen aus dem Kommuniqué des Ministerrats von heute nachmittags ergebe, in welchem die Entschlüsse einstimmig gefaßt wurden.

Wiederaufnahme der Handelsverhandlungen

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-französische Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen traf am Dienstag unter der Führung des Staatssekretärs Trendelenburg hier ein und hielt bereits um 3 Uhr nachmittags im Handelsministerium eine Sitzung mit der französischen Delegation ab.

schaffern überreicht werden. Auf jeden Fall werde die Note mehr oder weniger einen vorläufigen Charakter haben.

Köln protestiert.

Köln, 30. Dezember. (WTB.) Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion richtete an den Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer, die Aufforderung, den Stadtverordneten sobald wie möglich Gelegenheit zu geben, in einer öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ihren Einspruch gegen die Verlängerung der Besetzung und die Forderung auf baldige Räumung in die Welt zu rufen.

Die Bedeutung der ersten Räumungszone.

Wie II. mitteilt, umfaßt die sogenannte erste Zone das ganze Gebiet von Elze bis einschließlich Bonn, das nach amtlichem Material 6415 Quadratkilometer groß ist und eine Bevölkerung von 2310 000 Einwohnern hat.

Das englisch besetzte Gebiet umfaßt außer Köln mit Köln-Rühlheim die folgenden 20 Orte: Bergheim, Türnich, Marheim, Bensberg, Lindlar, Bergisch Gladbach, Schölsch, Opfaden, Bergisch Neufkirchen, Burscheid, Wermelskirchen, Leichlingen, Rixdorf, Neufkirchen, Benrath, Hülshorst, Solingen, Wald, Gräfrath, Hilden.

Branchen an die Reihe kommen, mit denen bis jetzt noch keine Verhandlungen geführt worden waren, und außerdem sollen diejenigen Tarifpositionen erneut besprochen werden, die den Sachverständigen zu einer Rücksprache mit ihren Vereinen Anlaß gaben.

Coolidge für neue Flottenabbaufonferenz.

New York, 30. Dezember. (Durch Funkpruch.) Die „Associated Press“ aus Washington meldet, daß Präsident Coolidge, wenn er auch dessen nicht gewiß ist, daß es möglich sein wird, im Laufe des nächsten Jahres eine neue internationale Konferenz über die Flottenabrüstung abzuhalten.

Rehrens in der Deputiertenkammer.

Paris, 30. Dezember. (WTB.) Die Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung mit 510 gegen 26 kommunistische Stimmen die verlangten Budgetmittel für die Monate Januar und Februar 1925 bewilligt.

Nach der Tagesordnung wird die Kammer in der heutigen Nachmittagsitzung sich nochmals mit dem vom Senat abgeänderten Amnestiegesetz beschaffen, der von Kammerausschuß in der Fassung des Senats bereits angenommen wurde.

Ordnung der Fürsorgepflicht.

Voraussetzung und Umfang der öffentlichen Fürsorge.

Von Friedr. Klees.

Die Verordnung über die Fürsorgepflicht ist ein „Rahmen-gesetz“ ersten Ranges. Sie stellt nur ein sehr dürftiges Gerippe für die Pflichten der Fürsorgeverbände auf und überläßt alle näheren Einzelheiten der Regelung durch den Ordnungsweg.

§ 6. Voraussetzung, Art und Maß der zu gewährenden Fürsorge bestimmt im Rahmen der reichsrechtlichen Vorschriften das Land. Mit Zustimmung des Reichsrates kann die Reichsregierung Grundzüge hierüber aufstellen.

Solche Grundzüge erschienen zuerst unterm 27. März 1924. Sie sollten ihrer Mangelhaftigkeit wegen nur vorläufig sein und nur bis zum 1. Juni 1924 gelten.

Am 1. Januar 1925 in Kraft tretenden Reichsgrundzüge ist in den beteiligten Kreisen lange Zeit schwer gekämpft worden. Da waren vor allem die Städteverbände, die am liebsten gar nichts reglementiert und in ihren Maßnahmen die größten Freiheiten haben wollten.

„Rennerbund“ die Fürsorge überwiegend aus dem Gesichtswinkel einer Entschädigung für die Inflationsverluste der Rentrentner. Wie bei einer derartigen Sachlage nicht anders zu erwarten, kam ein Kompromiß zustande, das möglichst allen Seiten Rechnung tragen will.

Mit den Vorschriften im ersten Abschnitt der Grundzüge „Fürsorge im allgemeinen“ kann man sich finden. Hiernach muß die Fürsorge rechtzeitig einsetzen. Sie ist nicht von einem Antrag abhängig.

Dann kommt die „Besonderen Bestimmungen“. Obenan steht folgender bedenkliche Satz: „Bei allen oder erwerbsunfähigen Personen, die infolge eigener oder fremder Vorsorge ohne die eingetragene Geldbewertung nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen wären (Rentrentner), ist bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit der Art und des Umfangs der Hilfe auf ihre früheren Lebensverhältnisse Rücksicht zu nehmen.“

Bei allen oder erwerbsunfähigen Personen, die infolge eigener oder fremder Vorsorge ohne die eingetragene Geldbewertung nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen wären (Rentrentner), ist bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit der Art und des Umfangs der Hilfe auf ihre früheren Lebensverhältnisse Rücksicht zu nehmen.

sicht zu nehmen, dabei aber auch die allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung des deutschen Volkes zu beachten."

Das ist eine Bedrohung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, die mit Sozialpolitik nichts mehr zu tun hat, sondern als Klassenpolitik bezeichnet werden muß. Der besondere Begriff der Hilfsbedürftigkeit für die Kleinrentner sieht so aus:

Als erwerbsunfähig ist ein Kleinrentner dann anzusehen, wenn er infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht nur vorübergehend außerstande ist, sich durch Arbeit einen wesentlichen Teil seines Lebensbedarfs zu beschaffen."

Die Fürsorge soll bei Kleinrentnern besonders nicht abhängig gemacht werden vom Verbrauch oder der Verwertung kleiner Vermögen, kleiner Hausgrundstücke, Familien- und Erbstücke, Gegenständen zur Befriedigung geistiger, wissenschaftlicher oder künstlerischer Bedürfnisse. Es ist sicher hart, wenn mancher kleine Mann, der ein Leben lang hart gearbeitet und gearbeitet hat, um sich für das Alter einen Notzuschuß zurückzulegen, um den Erfolg seines Lebens durch die Inflation betrogen worden ist. Erstens wird dieser kleine Mann durch obige Bestimmungen kaum begünstigt werden, und zweitens sollte man hier durch eine vernünftige Aufwertung helfen.

Ein weiterer besonderer Abschnitt behandelt die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene. Es handelt sich hier um die soziale oder ergänzende Fürsorge, die außer dem Grund- und Zusatzrenten gewährt wird, und zwar für besondere Notfälle. Diese soziale Fürsorge gewährt ihre Hilfe in der Regel nur, wenn die Notlage mit der Dienstbeschädigung oder dem Verlust des Ernährers zusammenhängt. Das wird angenommen, soweit nicht das Gegenteil offenkundig oder nachgewiesen wird. Bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und des Umfangs der Hilfe ist entgegenkommend zu verfahren. Dabei ist besonders auch der Aufwand für Erziehung und Erwerbsbefähigung von Kindern zu berücksichtigen. Die soziale Fürsorge hat zum Ziele, den Beschädigten tunlichst wieder erwerbsfähig zu machen und ihn dem Wirtschaftsleben zu erhalten, der Witwe die Fortführung ihres Hausstandes und die Erziehung ihrer Kinder tunlichst aus eigenen Kräften zu ermöglichen. Im allgemeinen ist zu legen, daß diese soziale Fürsorge für die Kriegsoffer wohlwollender gestaltet ist als bisher. Die neue Fürsorgeverordnung hat die einschlägigen Kosten, die erst der Staat trägt, jetzt den Gemeinden auferlegt.

Sehr knapp weggekommen in den Reichsgrundrissen ist die Fürsorge für die Sozialrentner und für nicht-versicherte minderbemittelte Schwangere und Wöchnerinnen. Hinsichtlich der letzteren heißt es nur kurz:

"In entsprechender Weise wie die Kleinrentner sind alle oder insofern oder berufsunfähig gemordene Rentner der Arbeiter- oder Angestelltenversicherung zu betrauen."

Und die Wöchnerinnenfürsorge ist in einem einzigen Paragraphen abgetan: Schwangeren und Wöchnerinnen sind je nach Art und Grad der Bedürftigkeit die Leistungen sicherzustellen, welche die Reichsversicherungsordnung den Familienangehörigen der Beschäftigten gewährt. Vor allem fehlt hier als Anhaltspunkt für den Eintritt der Fürsorge die frühere Mindesteinkommensgrenze.

Vom Standpunkt eines Sozialdemokraten ist die baldigste Umgestaltung der Reichsgrundrissen im Sinne einer Gleichmäßigkeit der Fürsorge zu fordern. Die ehemalige Armenfürsorge darf nicht nur dem Namen nach, sondern muß auch als eine besondere Einrichtung verschwinden. Wo die Not am größten, muß auch die Hilfe am nächsten und größten sein.

Der kommunistische "Klassenkampf" in Halle wurde mit seiner illustrierten Weltlage und allen Kopfbildern auf vier Böden verboten, weil er auf der ersten Seite einen Januskopf als Bild brachte, das auf der einen Seite den Faschismöser Daermann, auf der anderen Seite den Reichspräsidenten darstellt.

Das freie Schaffen des Arbeiters

In Stettiner Museum fand im Dezember eine Ausstellung, die von hohem psychologischen Interesse war. Alle Gegenstände, die Arbeiter in ihrer freien Zeit angefertigt hatten, wurden durch die Arbeiterkunst- und Verkaufsausstellung zur Schau gebracht.

Mit dem Fabrikstich ist keineswegs die Tätigkeit des Arbeiters beendet. Aus materieller und geistiger Not heraus muß der Arbeiter noch in den ihm zur Verfügung stehenden freien Stunden feste schaffen. Es sei nur an die Laufende erinnert, die draußen vor der Großstadt ihr Gärlein haben und Kohl und Kartoffeln bauen. Wenn wir weiter an die Zeit vor einem Jahre zurückdenken, erinnern wir uns an die endlosen Jüge der Holz- und Kartoffelsammler. So befriedigt die Fabrikarbeit nicht einmal alle materiellen Bedürfnisse, von der seelischen Befriedigung ist dann ganz zu schweigen.

Nun ist durch die Ausstellung alles, was Arbeiter in ihrer freien Zeit geschaffen haben, gesammelt und so ein umfassendes Bild der Tätigkeit des Arbeiters in den Feierabendstunden gegeben. Die umfangreiche Ausstellung gliedert sich in drei Abteilungen; Jugendbewegung; hier sind alle von Angehörigen der Jugendbewegung geschaffenen Arbeiten gesammelt; Werkarbeiten; diese Abteilung umfaßt alle von erwachsenen Arbeitern angefertigten Schmied- und Gebrauchsgegenstände; Künsterische Flächenarbeiten wie Delbilder, Aquarelle, Schmitte usw.

Bei rein oberflächlicher Betrachtung fällt der Formenreichtum und die Vielseitigkeit der Stücke auf. Am eigentlichsten ist der Arbeiter in seinem Element bei den Werkarbeiten, die zumeist in der Linie seines Berufes liegen. Vieles zeugt von einem guten handwerklichen Können. Puppenstüben und Kinderspielzeug sind gediegene Arbeiten, die sich vornehmlich von der Fabrikarbeit unterscheiden. Die Laubsägearbeiten können ja nur als bloße Geschicklichkeits- und Ausdauerübungen gelten. Man muß sich aber die seelische Befriedigung denken, die der Arbeiter, der sonst an der Maschine nur eine kleine Teiloperation vollführt, bei der Verfertigung dieses ganzen Stückes empfindet. Einige Messinggegenstände zeigen den Sinn für schlichte Sachlichkeit.

Nicht so sicher in der Gestaltung ist der Arbeiter bei Dingen, die nicht im Bereiche seines handwerklichen Könnens liegen. Es kommt freilich auch hier nicht auf das Resultat, sondern auf den Willen an. Viele Bilder sind Kopien, und zwar nicht guter bürgerlicher Kunst, sondern der dem Arbeiter leichter zugänglichen minderwertigen Stücke, die ihrerseits den süßlich süßlichen Geschmack des Bürgertums verfallener Jahrzehnte betrüblich dokumentieren. Es finden sich aber auch Stücke, die aus einem tiefen Empfinden heraus geschaffen wurden, und in denen durch die naive, unproblematische Art der Darstellung sehr viel Eigenes liegt. Die große Sehnsucht des von dem Genuß der Kunstgüter ausgeschlossenen Fabrikmenschen, auch einmal in den lichten Kreis der Göttin Kunst zu treten, kommt hier zum Ausdruck. Und schließlich ist die reproduktive Leistung des Kopierers irgendeines Urbildes eine Verleugung und zeigt dem Betrachter das seelische Streben dieser nach einem tieferen Menschentum

Die andere Methode.

Nicht der Jude, die Revolution ist schuld.

Die "Deutsche Zeitung" hatte für die Beamten des alten Regimes, die in die Kautskier-Affäre verwickelt sind, auf Unfähigkeit angetragen nach dem Motio: der Jude ist schuld, die Beamten waren ihm nicht gewachsen. Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" dagegen vermeidet es sehr sorgfältig, auf Tatsachen und Personen einzugehen. Sie beschränkt sich auf die Behauptung: die Revolution ist schuld:

"Die Verantwortlichkeiten und ihre parteipolitischen Bekenntnisse — die in dem vorliegenden Falle übrigens völlig unbekannt sind — interessieren uns sehr wenig; sie spielen nur eine geringe Rolle. Lediglich die Atmosphäre und ihre Entstehung, aus der heraus die zahlreich sich häufenden Korruptionserscheinungen der letzten Zeit zu erklären sind, kann das Objekt einer ernsthaften politischen oder soziologischen Untersuchung sein. Und bei dieser wird sich die Feststellung nicht vermeiden lassen, daß die Revolution mit ihrer Untergrabung aller alten Traditionen und Begriffe, mit der Entwürdigung der Staatsautorität, daß ferner das aus der Revolution hervorgegangene System — nicht im Sinne der Verfassung, sondern als Methode und als Praxis — ein gerüttelt Maß von Schuld an dem Erbarmlichen tragen, das wir heute immer wieder mit ansehen müssen. Die Fäulniserscheinungen sind doch nur Symptome für eine Krankheit unseres politischen und sozialen Körpers, deren Wunden sehr tief liegen."

Die Atmosphäre muß freilich untersucht werden. Es ist die Atmosphäre der Inflation, der bewußten Sabotage der Staatsfinanzen, der wilden Spekulation gegen die eigene Währung, in der diese Erscheinungen groß geworden sind. Die "D. A. Z." mag die Schuldigen in ihrer unmittelbaren Nähe suchen. Die Helden der Inflation, die den Staat und das Volk ausplünderten, die Feinde des Staates im Lager der Deutschnationalen, die den Steuerbetrug heime als patriotische Tat priesen, sind die Schuldigen an der Verrüttung der öffentlichen Moral in Geldfragen, ohne die der Fall Kautskier-Staatsbank undenkbar wäre.

Eine sozialdemokratische Anfrage.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat an die preußische Regierung folgende Große Anfrage gerichtet:

Ist die Staatsregierung bereit, Auskunft zu geben über Ursachen und Umfang der Mißstände, die sich bei der Kreditgewährung der Preussischen Staatsbank (Sachbank) im Zusammenhang mit dem Fall Kautskier herausgestellt haben? Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung für die Zukunft zur Kontrolle der Kreditpolitik der Staatsbank getroffen?

25 Jahre Bürgerliches Gesetzbuch.

Am 1. Januar sind 25 Jahre verflossen, daß das Bürgerliche Gesetzbuch, das große, einheitliche Werk bürgerlichen Rechts des Deutschen Reiches, in Kraft getreten ist. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis dieses Werk die politische Einigung des Reiches auf dem Gebiete des Rechts gekrönt hat. Der erste Antrag, ein gemeinsames bürgerliches Gesetzbuch zu schaffen, geht sogar auf das Jahr 1867 zurück, also auf die Zeit, da Norden und Süden politisch noch nicht geeint waren. Aber erst nach der Schaffung des Reiches, im Jahre 1874, wurde ein Ausschuss von fünf Juristen mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für ein einheitliches Bürgerliches Recht beauftragt. Auf Grund der Vorschläge dieses fünfköpfigen Ausschusses wurde noch im selben Jahre durch Bundesratsbeschluß eine Kommission von elf Mitgliedern eingesetzt. Sie hatte den Auftrag, einen Gesetzentwurf zu schaffen. Es dauerte 14 Jahre, bis im Jahre 1888 der erste Entwurf veröffentlicht wurde. Zwei Jahre später, im September 1890, wurde eine neue, erweiterte Kommission von 22 Mitgliedern ernannt, in der auch die Vertreter von Handel und Industrie Sitz und Stimme hatten. Es dauerte wiederum 8 Jahre, ehe der Gesetzentwurf, wie ihn diese Kommission aus-

gearbeitet hatte, zusammen mit einem Einführungs-gesetz im Januar 1896 den Reichstag zuzug. Hier wanderte der Entwurf wiederum an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Aber jetzt schritt das gewaltige zivilrechtliche Gesetzgebungswerk rasch seiner Vollendung entgegen. Bereits vom 3. bis 6. Februar konnte die erste Lesung im Reichstage durchgeführt werden, die letzte Lesung schon am 30. Juni desselben Jahres, und am 14. Juli 1896 wurde das vom Reichstag verabschiedete Gesetz vom Bundesrat genehmigt mit der Bestimmung, daß es am 1. Januar 1900 in Kraft trat.

Reichsbanner und Reichsinnenministerium.

Eine auffällige Notiz der "Roten Fahne".

Zu der Notiz der "Roten Fahne", die von der Reichspresse prompt übernommen wurde, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Berlin-Brandenburg, vom Reichsinnenministerium des Innern einen Zahlungsbefehl über 3000 M. erhalten hat, teilt uns die Gauleitung folgendes mit:

Es ist richtig, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold seinerzeit vom Reichsinnenministerium des Innern einen Posten Papierfahnen, Stadlaternen usw. im Gesamtwert von 3000 M. übernommen hat. Die Ware lagerte seit längerer Zeit im Reichsinnenministerium des Innern und war anfangs bestimmt zur Propagierung der Farben Schwarz-Rot-Gold. Da sie von Seiten des Reichsinnenministeriums des Innern nicht die anfangs gedachte Verwendung finden konnte, erklärte sich kurz vor der Verfassungsfeier das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Berlin-Brandenburg zur Uebernahme des gesamten Bestandes bereit, allerdings unter der Bedingung einer längeren Zahlungsfrist. Diese Zahlungsfrist wurde dem Reichsbanner zugestanden. Am 1. Dezember 1924 wurde vom Reichsbanner nochmals um Verlängerung der Zahlungsfrist gebeten, dieses Gesuch wurde jedoch abgelehnt.

Jetzt erfährt die Gauleitung aus den Tageszeitungen, daß das Reichsinnenministerium des Innern einen Zahlungsbefehl über den Betrag von 3000 M. gegen die Gauleitung erlassen hat. Der Zahlungsbefehl ist dem Reichsbanner bis heute noch nicht zugegangen. Sehr merkwürdig ist es, daß diese Notiz zuerst in der "Roten Fahne" veröffentlicht wurde und es wäre vielleicht eine dankenswerte Beschäftigung, wenn die maßgebenden Stellen des Reichsinnenministeriums des Innern, anstatt die staatsrechtlich republikanische Organisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu verlegen, einmal nachprüfen würde, von welchen Stellen aus solche Nachrichten ausgerechnet in die kommunistische Presse gebracht werden.

Aus der Angelegenheit wird ersichtlich, daß das Reichsbanner über keine größeren Geldmittel verfügt, im Gegensatz zu den Meldungen der Reichspresse. Wenn auch von der parteipolitischen "D. A. Z." die Behauptung aufgestellt wird, daß das Reichsbanner vom Barmat-Konzern Gelder im großen Umfang empfangen hat, so ist das nichts weiter als der erneute Versuch, das Reichsbanner in der gehässigen Weise zu diskreditieren. In der Tat hat das Reichsbanner keinen Pfennig vom Barmat-Konzern erhalten. Wir haben der "D. A. Z." unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes eine Berichtigung zugehen lassen.

Die erste Sitzung des neu erwählten Nürnberger Stadtrates vor viel zu langer Zeit wurde sehr kurz, aber nach der Eröffnung der Sitzung durch Dr. Zuppé, der eine Verlesung der Eide vorgenommen wollte, rief Streicher ohne Worterteilung dazwischen und forderte die Leute auf, den Vorsitz an einen der beurlaubten Stadträte zu übergeben. Der Vorsitzende versuchte vergeblich, die Ordnung wieder heraufzustellen, so daß der Bürgermeister die Sitzung unterbrach und den Saal verließ. Streicher wurde wegen dieses Vorkommnisses das Wort für die Dauer der Sitzung nach ihrer Wiederaufnahme entzogen.

Ganz Albanien erobert. Die Truppen Kámed Roghú haben auch Baloua und Durazzo besetzt. Die neue Regierung kündigt an, daß der Großgrundbesitz aufgehoben und das Land unter die Bauern aufgeteilt werden soll.

ringenden Fabrikklaven. Bemerkenswert ist, daß das politische Bild ganz fehlt. Das heutige gesellschaftliche Leben gibt so viel Anlaß zur bitteren Reflexion, daß man sich eigentlich wundert, wie wenig dies von den Arbeitern berücksichtigt ist. Hier müssen wir aber bedenken, daß der Arbeiter einen harmonischen Ausgleich zur nerventötenden Fabrikarbeit sucht.

In der Jugendbewegung fühlt man einen einheitlichen Zug. Die lebensbejahende Einstellung der jungen Generation kommt in den Werken deutlich zum Ausdruck. Man zeichnet dort Karikaturen auf die heutige Zeit und gestaltet das große Erleben der Natur. Hier kommt viel eher wie bei den älteren Arbeitern die Begierde einer Gemeinschaft, nicht die einzelner Menschen, zum Ausdruck.

Die Anstellung verdient, wie schon erwähnt, vor allem psychologische Würdigung. Von proletarischer Kunst oder proletarischer Kultur kann in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden. Alle Werke sind als Reaktion auf die den Menschen drückende Fabrikarbeit entstanden und sind Zeugen des Ringens der Lohnklaven nach einem Vollmenschtum.

Gustav Mahlers X. Sinfonie.

(Deutsche Uraufführung in der Philharmonie.)

Die Uraufführung eines Werkes von der Hand Gustav Mahlers — das mußte Erwartungen höchster Art erwecken. In der Tat folgte eine große Gemeinde dem Ruf Otto Klemperers, daß noch ein solches Opus zu hören. Die Entstehung war nicht gering, und man darf bezweifeln, ob dem Ruhm Mahlers mit dieser Entdeckung sehr gedient gewesen ist. In einem bei Helman erschienenen autobiographischen Nachdruck des Werkes (einem bibliographisch vorzüglichen Stück) sieht man, was gewollt sein möchte, sieht man, was fehlt. Klemperer versuche Einzelheiten zu stützen, die nur zu schwach gestützt in der Luft zu schweben schienen, auch Arnel und andere haben durch leise Retuschen des instrumentalen Klanges der Wirkung nachgeholfen. Viel ist's sicher nicht gewesen. Was der Symphoniker Mahler geändert hätte, das wissen wir nicht; aber daß er das Werk auch gerade in den beiden vollendeten Sätzen noch außerordentlich geändert, gefürzt, komprimiert hätte, das scheint uns gewiss, auch ohne Erinnerung daran, daß er nach Mitteilungen Spechts einmal das ganze Werk der Vermählung anheim geben wollte. Aufgeführt wurde das Intermezzo (purgatorio) und das Adagio (3. und 1. Satz). Das Intermezzo ist ein kurzes, mehr geisthaft dahinwühlendes als voll entwickeltes Sagen, in dem Scherzhaft sehr intensiv durchmischt ist mit Grabes- und Totenkult. Die Sätze eines geplanten, einsamen, trauernden und schmerzgeschüttelten Künstlers, der die Nichtigkeit der Welt mit dem Blick der Todesahnung schaut. Das Adagio ist im Entwurf großartig, riesenhaft gebaut, von registrierten Anfang bis zu einem charakteristisch stütenden Orgelfaßelung, der uns wie Orgelklang umfängt. Thematische Zeichen aus dem "Lied von der Erde" und anderen Sätzen Mahlers blühen auf, während das eigentliche Grundmotivo des Satzes mit seinen Umkehrungen und Erweiterungen ungleich brückerisch ist (und in dessen IX. Sinfonie Urgehalt empfangt). Zwischen Anfang und Mitte, Mitte und Ende des Satzes läßt ein Raum, der mühsam mit Figurationen, Themenresten, Sequenzen gefüllt ist. Man ahnt Leid,

das sich in die Erde und Boare anderer Welt flüchten will. Man hört traurige, trauernde Weisen, und ist weder beklücht noch gepöht. Das Stück, so ausgemacht es sich gibt, ist gar nicht gemacht, sondern gemacht. Kitzelhast reißt sich Klänge an Klänge, brüht sich knopp geordnetes Meios aus. Ein Lark, nicht nur äußerlich, die Blut des Lebendigen fehlt, die Leidenschaft, auch wo sie sich in Dämpfung und des erregenen Schicksals still und leise kumbegen will. Ein Stück nicht ohne Glanz, aber ohne wahre Leuchtkraft. Die Orchesterfarben verflüchtigen sich zu Pastell, sie blühen nicht, sie glühen kaum, ja, sie streben von der alten Mahlerschen Saitheit fort zu einer monotonen, in Eigen und Bratzen sich abspließenden malerischen Dürftigkeit. Der Geist versucht in Wolkengebilde zu ziehen, findet sich aber immer wieder im Auf und Ab dieses Satzes auf der Erde. Ein Betontalis Mahlers immerhin, wenn auch kaum vollendet, nur in wenigen Augenblicken der spontanen Inspiration aufschreibend vom herrlichen Auf der Reanten und des "Liedes von der Erde". Bieleicht war ein solcher Aufstieg nicht mehr möglich. Man lese die X. Sinfonie bei; das Unsterbliche Mahlers ruht im Reichtum der Reanten, nicht in der Problematik der schmerzreichen X. Sinfoniesinfonie.

Rurt Singer.

Die Ursache der Haffkrankheit. Der Amische Preussische Presse-Dienst hatte vor einiger Zeit ein wissenschaftliches Gutachten der medizinischen Sachverständigen des Preussischen Wohlfahrtsministeriums wiedergegeben, in dem gesagt wurde, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit der Beweis erbracht scheint, daß die arsenhaltigen Abwässer der Königsberger Zellstofffabriken, die in das Haff münden, die Ursache der bis dahin rätselhaft erscheinenden Haffkrankheit bilden dürften. Nunmehr ist dem Preussischen Handelsminister von der Technischen Deputation für Gewerbe ein Gutachten erstattet worden, das zu wesentlich anderen Ergebnissen gelangt, wenn es zum Schluß auch nicht ganz an der Gefahr der arsenhaltigen Abwässer vorbeigehen zu können glaubt. — In dem Gutachten wird unter anderem ausgeführt, daß nach Analysen verschiedener Forscher Arsen in sehr hohen Gewässern, besonders aber im Meerwasser, als normaler Bestandteil nachgewiesen worden ist. — Nach amtlichen Berichten wurde, dem Gutachten zufolge, im Haff, 200 Meter westlich von der Mündung der Königsberger Abwasserkanal, 0,1 mg Arsen im Liter, an der Passargemündung, also in einer Entfernung von über 40 Kilometer von der Mündung des Abwasserkanals dagegen 1 mg Arsen im Liter nachgewiesen. Diese Vermehrung des Arsengehaltes kann bei der großen Entfernung nicht von dem Arsengehalt des Wassers des Abwasserkanals herrühren, zumal da die Abwässer nach kurzem Dahinfließen neben organischen Substanzen auch Arsen verlieren. Wenn demnach für den Arsengehalt des Haffwassers die verhältnismäßig geringe Menge Arsen, die von den Zellstofffabriken in das Haff gelangen könnte, ohne Bedeutung ist und irrigerweise mit der sogenannten "Haffkrankheit" in Zusammenhang gebracht wird, so ist doch zu betonen, daß die Arsenmenge von 23 mg im Liter der Abwässer der Zellstofffabriken unzulässig ist; denn es besteht die Gefahr, daß in unmittelbarer Nähe der Abwasserkanäle der Haffwasser aus den Betrieben eine schädliche Anreicherung des Erdbereichs, Altschlammes usw. an Arsen eintreten kann. Aus diesem Grunde beströmte die Technische Deputation, daß den beiden Zellstofffabriken eine wesentliche Herabminderung des Arsengehaltes ihrer Abwässer aufgegeben wird.

Der Reichspräsident und seine Richter.

Schwarzweiße Klage.

Während des Magdeburger Prozesses konnte sich die deutschnationale Presse nicht in Verdächtigungen und Schmähungen gegen den Reichspräsidenten genug tun, und mehr als einmal mußte dieses verantwortungslose Treiben im Gerichtssaal öffentlich gebrandmarkt werden.

Tatsache ist, daß sich die Reichsregierung unter Führung des deutschen Nationalen nahebestehenden Innenministers Harres eine große Anzahl Landesregierungen, Gelehrte, Künstler und Verbände gegen das unerhörte Urteil gewandt, und daß namhafte Rechtsgelahrte seinen Widerstand klargestellt haben.

Wenn das von der deutschnationalen Presse als Schimpf des Böbels und der Gasse bezeichnet wird, dann möchten wir wissen, was man in deutschnationalen Kreisen für anständig und ehrenwert hält. Der Verkehr des deutschnationalen Pöbels und Stadlvorordneten noch mit dem wegen Diebereien entlassenen Eisenbahnarbeiter Sprig und die Lobeshymnen der deutschnationalen Presse auf die „Kronzeugen“ Sprig und Covert lassen in dieser Beziehung die weitesten Rückschlüsse zu.

In keinem Lande der Welt möglich . . .

Am 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Wie das Magdeburger Urteil im Ausland wirkt zeigt deutlich eine Meldung des Vertreters der „Königlichen Volkszeitung“ im Haag, der seinem Blatte am Dienstag abend über die Stimmung, die das Magdeburger Urteil in Holland erzeugt habe, mitteilt.

Die Kommentare, die jetzt nach Ablauf des Prozesses gegeben werden, sind nicht freundlich für die Magdeburger Richter. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß ein derartiger Prozeß wohl in keinem Lande der Welt möglich sein würde. Es wird für unannehmlich gehalten, daß das Staatsoberhaupt auf derartige Weise vor einem Schöffengericht behandelt wird, wie das in Magdeburg der Fall gewesen ist.

Interessant ist es, so schreibt der Korrespondent bei dieser Gelegenheit, zu bemerken, wie groß die Hochachtung ist, welcher der derzeitige Reichspräsident sich im Ausland erfreut. Es wird allgemein darauf hingewiesen, daß Covert und seine Persönlichkeit seit der Revolution für das Wohl seines Vaterlandes mehr getan haben, als die fanatischen Nationalisten für dieses Land haben verderben können.

Bayern und das Reich. Ähnlich wird die Nachricht des „Bayrischen Kuriers“, man habe in Berlin beschlossen, die Pölz steuerlich von Bayern loszulösen, widerstanden. Die Pölz bleibt danach bei dem auch für andere Teile Bayerns zuständigen Landesfinanzamt in Würzburg.

Was wird aus der Goethe-Bühne?

Vor ein paar Monaten wurde von einem Herrn Peterson die „Goethe-Bühne“ gegründet. Auf dem Terrain der französischen Kirchengemeinde in der Klosterstraße, wo einst eine Kirche stand, erhob sich das Theater. Daß sich eine Kirche in ein Theater wandelt, ist an sich gewiß nicht unüblich. Aber die Goethe-Bühne kann doch nichts die Notwendigkeit ihres Seins beweisen.

Gestern vormittag fand in der Goethe-Bühne die Sitzung des Gläubigerversammlungsausschusses statt. Man sah auf der Rippes-Bühne, und anfänglich schaute es so aus, als wenn die Sache ruhig verlaufen würde. Aber bald wurde die Szene zum Tribunal. Gläubigerversammlungen pflegen ja niemals Bescheidenheit mit friedlich weidenden Kammern zu haben; jedoch der Sturm, der gestern tobte, war um verschiedenes Grade stärker als das, was man sonst in Gläubigerversammlungen zu erleben gewohnt ist.

Die Gläubiger versammlung wurde von dem Vorstehende des Gläubigerausschusses, der zugleich die Verhandlungen leitete, ein Herr Major Gail, hätte alle Mühe, die erregten Gemüter soweit zu besänftigen, daß überhaupt verhandelt werden konnte. In stundenlangen Debatten hörte man das Sündenregister des Direktors Peterson. „Lump“, „der Kerl gehört vor den Staatsanwalt“ und andere Schmähereien mehr wurden ihm an den Kopf geworfen.

Zum Schluß hat der Versammlungsvorstand beziehungsweise die Vertreter der Presse, über die ganzen Verhandlungen nichts zu veröffentlichen. Dieser Bitte kann nicht entsprochen werden, weil viel-

Antwort an die Rote Hilfe.

Nicht Menschenhandel, sondern Amnestie.

Die ausländischen Vertretungen der in Rußland wirkenden sozialistischen und anarcho-sozialistischen Parteien und Schutzverbände (Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Sozialrevolutionären Partei, der Linken Sozialrevolutionäre, der Maginolisten, der Moskauer Schutzverband der in Rußland verhafteten Anarchisten und das Vereinigte Komitee zum Schutze der in Rußland gefangenen Revolutionäre) veröffentlichen einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, in dem sie die kürzlich geänderten Vorlesung der kommunistischen „Roten Hilfe“ betreffs des Austauschs der politischen Gefangenen in Rußland und in den westlichen Ländern eingehend beantworten.

„An dem Aufruf wird zunächst festgestellt, daß der Vorschlag der „Roten Hilfe“, die nichts weiter sei als eine der zahlreichen Agenturen der bolschewistischen Regierung, einen Versuch darstelle, die Aufmerksamkeit der Arbeiter der ganzen Welt von dem Terror in Sowjetrußland abzulenken. In allen westlichen Kulturländern genieße die kommunistische Partei Freiheit der Agitation, der Propaganda und der Organisation. Auch in Deutschland, auf das sich die Kommunisten mit Vorliebe berufen, führe die kommunistische Partei trotz ihrer Propaganda für den besoffenen Zustand im großen und ganzen eine legale und offene Existenz.“

„Dennoch keine Regierung, kein Kulturland hat in so umfassendem Maße reflexlos alle bürgerlichen und politischen Freiheiten und Rechte aller Schichten der Bevölkerung vernichtet, wie dies gegenüber den Werkstätten in Sowjetrußland eine Regierung getan hat, die sich als Arbeiter- und Bauernregierung“ bezeichnet und den Anspruch erhebt, das Monopol auf die sozialistischen und revolutionären Ideale zu besitzen.“

Der Aufruf widerlegt weiter die bolschewistische Behauptung, daß nur diejenigen in Rußland verfolgt werden, die konterrevolutionäre Umwälzungen vorbereiten. In Wirklichkeit würden in Sowjetrußland Leute wegen ihrer abweichenden politischen Überzeugungen oder wegen Kritik der Handlungen der Regierung, wegen Aufhebung von Mißbräuchen auf das Ärgste verfolgt.

„In Rußland ist die Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Verbände und der Streiks sowie das Recht der freien Betätigung an den Sowjetwohnungen, den Gewerkschaften und den Genossenschaften ein absolutes Monopol der kommunistischen Partei. Alle übrigen politischen Gruppen, auch in den Reihen der Arbeiterklasse, und zwar nicht nur die Sozialisten, sondern auch die Kommunisten, die mit der Politik der kommunistischen Partei nicht einverstanden sind, sind de facto aller politischen Rechte beraubt, zu „Konterrevolutionären“ gestempelt und außerhalb des Gesetzes gestellt. In ganz Rußland gibt es keine einzige legale, nichtkommunistische Partei, kein einziges nichtkommunistisches Presseorgan. Es gibt nur illegale Organe, die unsere Genossen in Geheimdruckereien, wie in den schlimmsten Zeiten des Zarismus, herauszugeben gezwungen sind.“

Ansichts dieser unerträglichen Zustände brandmett der Aufruf den Auswahlvorschlag der „Roten Hilfe“ als eine widerliche Heuchelei. Trotz ihrer keuschen Sympathie für die in den Kerker und Verbannungsorten eingeschlossenen politischen Gefangenen lehnen die obengenannten sozialistischen und anarcho-sozialistischen Organisationen kategorisch den Austauschvorschlag der „Roten Hilfe“ ab.

„Wir lehnen diesen Austausch ab, weil wir es für Sozialisten und Anarchisten moralisch unzulässig erachten, mit Menschenkopfen zu handeln und ein Gefängnis zu sanktionieren, das die schlimmste Art der Knechtschaft darstellt. Wir lehnen diesen Austausch auch deshalb ab, weil er die Ausweitung der freirechtlichen Bewegung nach den Ostländern und ihre Abwandlung in Emigrantenorganisationen unter Jh jedoch ist die Freiheit des politischen und wirtschaftlichen Kampfes in Rußland für sie zu erkämpfen.“

Es gibt nur eine Möglichkeit, heißt es in dem Aufruf weiter, den Opfern des Terrors zu helfen: das ist der Kampf um die Amnestie, um die Deckung der Gefängnisse, um die politische Freiheit. Die sozialistischen, syndikalistischen und anarcho-sozialistischen Organisationen der ganzen Welt kämpfen unablässig für die Amnestierung der Opfer der bürgerlichen Justiz. Unter ihrem Druck ist kürzlich eine politische Amnestie in Frankreich erzwungen worden. Ebenso ist nach dem kommunistischen Buisch in Hamburg hauptsächlich dank den Bemühungen der Sozialdemokraten erreicht worden, daß kein einziges Todesurteil gegen die Putschisten gefällt wurde.

„Nicht die Reiche an den Kommunisten! Mögen die europäischen kommunistischen Parteien, die kein einziges Mal in irgendeinem Lande gewagt haben, gegen die Verfolgungen der sozialistischen Arbeiter in Sowjetrußland aufzutreten, jetzt auch nur einen kleinen Teil ihrer Energie im Kampfe um die Amnestie in Rußland entfalten, die die europäischen Sozialisten und Anarchisten in ihrem Kampfe um die Amnestie in Europa entwideln.“

Und mögen ihre Leiter und Führer, die russischen Bolschewisten, die in ihrem Lande die ganze Fülle der Gewalt in Händen haben, das tun, was sie mit einem Federstrich tun können.

Mögen sie die Tore der Gefängnisse, die schichtweisen Folterkammern, der Verbannungsorte und Konzentrationslager für die in ihren schmachtenden Gefangenen öffnen.

Das und nur das würde die Energie aller Sozialisten Europas im Kampfe um die Befreiung der Opfer des Bürgerkriegs und des Terrors verdoppeln und verheißeln.

Das und nur das kann die Parole aller revolutionären Organisationen Rußlands sein. Und die Arbeiter der ganzen Welt müssen unsere Forderungen unterstützen.“

JAH.-Verbot in Deutsch-Osterrich.

Wien, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die österreichische Regierung hat die Gründung einer Zweigorganisation der kommunistischen „Internationalen Arbeiterhilfe“ aus Gründen der Staatsicherheit verboten.

Krach im Bundesrat.

Wien, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Bundesrat (der von den Landtagen proportional gewählt wird) kam es am Dienstagmorgen gelegentlich der Debatte über das handelspolitische Ermächtigungsgesetz zu stürmischen Szenen. Der Christlichsozialen Ratler hatte die Sozialdemokraten wegen ihrer Haltung in Zollfragen angegriffen. Als der Sozialdemokrat Klein antwortete, machte der christlichsoziale Vizekanzler Stöcker gerade bedauerliche Zwischenrufe. Es kam zu Zusammenstößen, die das Eingreifen der Ordner nötig machten. Die Ruhe konnte erst nach längerer Zeit wieder hergestellt werden.

Bolschewistenangst der Balkanstaaten.

Bukarest, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der bulgarische Ministerpräsident Zankoff, der vorher schon in Belgrad mit Bachtich unter anderem über einen Balkanschwabund gegen den Bolschewismus beraten hatte, ist jetzt hier. Bei dem Essen, das ihm zu Ehren gegeben wurde, hielt Ministerpräsident Bratianu eine kurze Ansprache, in der er auf die große Gefahr des Bolschewismus nicht nur für die Balkanvölker, sondern für ganz Europa hinwies. Ein Sieg des Bolschewismus würde die europäische Kultur und Zivilisation um Jahrhunderte zurückdrängen, das beste Beispiel stelle heute Rußland selbst dar. Ein Zusammenarbeiten der Balkanvölker sei heute mehr denn je notwendig, und Rumänien würde die Mitarbeit Bulgariens sehr schätzen und in dieser Hinsicht entgegenkommend unterstützen. Zankoff antwortete, daß Bulgarien schon längst für die Konsolidierung des Friedens auf dem Balkan arbeite. Die Tatsache, daß Bulgarien die russischen Sowjetunion noch nicht anerkannt habe, zeige, daß Bulgarien ein natürliches Mitglied eines Balkanbundes gegen den Bolschewismus sei.

Bis jetzt sind 800 Kommunisten, darunter auch die kommunistische Führer Dobrudjano-Beres, Karel und der Engländer Baushen verhaftet worden. Einige der Verhafteten verjuchten in der Festung Ilawa sich zu vergiften. Die Verhaftungen dauern an.

Belgrad, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Wie jetzt bekannt wird, ist die Schließung der südlichen Grenze gegen Albanien nicht so sehr dem Wunsch, im albanischen Konflikt neutral zu erscheinen, zu verdonken, als vielmehr der Furcht, daß zahlreiche im Lager der Aufständischen mitkämpfenden bolschewistischen Elemente nach Serbien einbüden könnten. Die serbische Regierung glaubt, Beweise dafür zu haben, daß zwischen den albanischen Aufständischen und den zum Kommunismus neigenden reaktionären kroatischen Bauern enge Verbindungen bestehen, die durch bolschewistische Emissäre gepflogen werden.

Das Bestreben Südslamiens, Rumäniens und Bulgariens nach einer antikomunistischen Front wird von England aus lebhaft gefördert.

Charkow, 28. Dezember. (O.) Ein neues kommunistisches Blatt „Bolschewik“ soll russisch und ukrainisch erscheinen. Angesichts des scharfen Zusammenstoßes zwischen der im Fahrwasser der Moskauer KP, folgenden KP, und der nationalukrainisch orientierten ukrainischen Kommunistenpartei (UKP) darf diese Neugründung mit ihrer Konfession an die ukrainische Sprache wohl als ein neuer Versuch Russlands angesehen werden, unter den nationalen Ukrainern Boden zu gewinnen.

Als Folge einer großen Revision in den Sowjetinstitutionen des Gouvernements Charkow sind 906 Beamte und Angestellte als gänzlich ungeeignet entlassen worden. Nach der Darstellung der Sowjetpresse handelt es sich dabei um Ausbadung eines durchaus unzulässigen Protektionswesens, unter dessen Schutz immer neue Anstellungen erfolgen konnten. Dabei hätten sich zahlreiche nicht nur für ihre Posten nicht geeignete, sondern auch nach ihrer Vergangenheit verdächtige Personen befunden, wie Offiziere der zarischen Armee, ehemalige Beamte der zarischen Regierung, Geistliche und sogar ein vor Jahren im ultramonarchischen Russischen Volksbund tätig gewesener Politiker.

Branting im Sterben?

Stockholm, 30. Dezember, abends 11 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Das Befinden des Ministerpräsidenten Genossen Hjalmar Branting, das sich in letzter Zeit bedeutend zu bessern schien, hat sich heute so verschlechtert, daß es zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Die ganze Öffentlichkeit sieht mit unseren Parteigenossen im Banne banger Erwartung.

Stahlhelm auf Reisen.

Magdeburg, 30. Dezember. (WLB.) Die „Magdeburger Zeitung“ hat sich bei der hiesigen Polizei über die in Prag verhafteten angeblichen Stahlhelmeute erkundigt und folgende erfahren: Kaufmann Paul Bierstein, geb. am 10. November 1887 zu Berlin, wohnte bis zum 16. Mai 1924 in Magdeburg. Es ist gegen ihn vom Bureau des Stahlhelms eine Strafanzeige erstattet worden, und er wird wegen dieser von der hiesigen Kriminaldirektion gesucht. Die Angaben, daß er als Offizier im geheimen neue Mitglieder einer Stahlhelmeorganisation ausgebildet, sind völlig erfunden und unwahr. Er hat mit dem Stahlhelm nichts zu tun. Der weiter festgenommene Arbeiter Paul Seifert, geb. am 9. Januar 1902 zu Helmstedt, ist ein ehemaliger Fürsorgezögling und mehrmals vorbestraft und wird zur Strafverbüßung von den Gerichtsbehörden gesucht. Er hat mit dem Stahlhelm nichts zu tun.

Weiter teilt die Bundesleitung des Stahlhelms mit, daß Bierstein niemals Mitglied des Stahlhelms gewesen ist. Er verjuchte sich vor etwa einem Jahre bei der Ortsgruppe Magdeburg einzuschmuggeln, wurde aber erkannt und ausgeschlossen. Von einer Beschäftigung mit verbotener Ausbildung von Stahlhelmeuten kann schon deshalb keine Rede sein, weil eine solche Ausbildung beim Stahlhelm nicht stattfindet. Seitert ist beim Stahlhelm in Magdeburg völlig unbekannt.

leicht durch Aufrüstung dieser ganzen traurigen Verhältnisse verhindert werden kann, daß Theatergründungen so leichtfertiger Natur, wie diese, sich wieder ereignen, wobei die armen Theaterkünstler die Leidtragenden sind. Die Presse kann aber auch nicht schweigen, weil noch immer nicht hat festgestellt werden können, werden eigentlich hinter dem Direktor Peterson steht. Geßlern wurde erzählt, es wären deutschnationale Kreise, die die Bühne an sich bringen wollten. Zu welchem Zweck, weiß man nicht. Vielleicht geben die Herren Harrer Koch und Bürgermeister Dörflein, die der Sache nachsehen sollen, eine Erklärung darüber ab. Wenn es überaus richtig ist, daß von der verlangten Ration von 14000 Mark bei der Theaterabteilung des Berliner Polizeipräsidiums bis heute erst 6000 Mark eingezahlt worden sind; so muß sich die Theaterabteilung fragen lassen, daß sie unter diesen Umständen dem Herrn Peterson die Konzeption nicht hätte erteilen dürfen.

Die Thüringer Regierung zur Bauhausfrage. Das thüringische Volkshochschulministerium erläßt eine längere Rundgebung gegen die von dem Bauhauspersonal veröffentlichte Erklärung über die Auf- lösung des Institutes. Die Regierung geht auf die Gesellschafts- gründung ein und betont, daß sie bislang eine bestimmte Stellungnahme dazu nicht nehmen konnte, da Direktor Gropius die Unter- lagen noch nicht beschafft hatte. Es folgt eine finanzielle Darlegung der Verhältnisse über den Geschäftsplan der Gesellschaft und die Fest- stellungen der Tatsache, daß die Regierung sich nach den vorbandenen Mitteln richten müsse. Des weiteren wird darauf hingewiesen, daß Direktor Gropius auf die Unzulänglichkeit seiner Unterlagen nach am 28. Dezember aufmerksam gemacht worden sei, damit dem un- haltbaren Scheinbezug ein Ende gemacht werden könne. Als unmittelbare Folge dieser Aufforderung kam die bereits bekann- te Erklärung der Bauhausleitung, zu der nach Ansicht der Regierung das Bauhaus nicht befugt war. Es handele sich um eine finanzielle Anstalt, über deren Schicksal die Regierung allein zu be- stimmen habe.

Die Notlage des Eisenacher Stadttheaters. Das Eisenacher Stadttheater, das sich unter Leitung seines neuen Direktors Gorter mit Erstgute bemüht, ein künstlerisch vollwertiges Programm einzu- halten, befindet sich in einer schweren finanziellen Krise, die sich durch die Teilnahmlosigkeit des Eisenacher Publikums von Tag zu Tag ver- stärkt. Dieser Lage z. B. mußte eine Vorstellung von Webedindes „Edgeiß“ abgesetzt werden, da im ganzen nur 16 Karten ver- kauft worden waren. Das Theater forderte im vergangenen Monat einen städtischen Extrazuschuß von 5000 Mark, der sich für diesen Monat auf 10 000 Mark erhöhen wird.

More Zimmermann verurteilt am 6. Januar, abends 8 Uhr, im Städtischen Saal eines Tagabend mit ihren Weibeskameraden: Armin- gart Winter, Ulla Krenal, Ellen U. Berda Lehner, Geiss Klein, an welchem sie verurteilt wurden. Westfälische Zeitung; Gans Mähle.

Theaterensemble in Düsseldorf. Am 1. Januar wird das Apollo- Theater seiner ursprünglichen Bestimmung als Parochialbühne zurückgegeben werden. Die Vereinigten Städtischen Theater erhalten dafür als zweite Bühne für Singspieler und Komödientheater das Theater Grop-Düsseldorf zu- geteilt.

Gewerkschaftsbewegung

Das Kampffahr 1924.

Der große Abbau.

Die Marktstabilisierung hat unter dem deutschen Unternehmertum eine geistige Panik hervorgerufen. Durch die Abschließung Deutschlands vom Weltmarkt während des Krieges und durch die Inflation nach dem Kriege waren sie vor jeder ausländischen Konkurrenz gesichert gewesen. Die dadurch geförderte Kartellierung hatte fast die gesamte deutsche Industrie erfasst. Es gab nur noch Preise, die von den Kartellen, Ringen oder Syndikaten festgelegt wurden. Insbesondere während der Inflation war es dadurch gelungen, sowohl die Arbeitnehmererschaft wie den Mittelstand Deutschlands auszupeinern und durch Verschleuderung der Fertigwaren an das Ausland immer noch ganz erhebliche Gewinne zu machen. Die gesamte Produktion war auf Spekulation umgestellt, die Spekulation auf die Marktwertung. Irgendwelche geistige Anstrengung war dazu nicht nötig. So konnte es möglich sein, daß Leute ohne Fachkenntnisse und ohne Kapital in ganz kurzer Zeit Reichtümer anhäufelten. So konnte es möglich sein, daß wirtschaftliche „Herzogtümer“ entstanden, die sich der Presse bemächtigen und auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege auch das politische Leben Deutschlands in wachsendem Maße beherrschten. Diese Reichen und Multimillionäre, die wahllos alle sogenannten Sachwerte zusammenkauften, waren es gewesen, die sich als „halberständliche“ allen Versuchen der Marktstabilisierung stets widersetzt hatten. So trat die Stabilisierung erst ein, als die Mark verschwunden war.

Mit dieser nunmehr unvermeidlichen Stabilisierung der Währung mußte notwendig auch die auf Ausplünderung und Verschleuderung eingestellte deutsche Wirtschaft sich umstellen. Die Betriebe mußten wieder technisch auf die Höhe der ausländischen Konkurrenz gebracht werden, man mußte wieder kalkulieren. Das Finanzkapital mußte wieder zu erträglichem Zinsfuß der Industrie zugeführt werden. Die Arbeit mußte wieder nach ihrem Weltmarktpreis bezahlt werden. Das alles waren Dinge, denen sich das deutsche Unternehmertum entzweit hatte. Es schien diesen unmöglich, unter solchen normalen Bedingungen arbeiten zu können. Es trat eine Art Panik ein.

Phantastische Berechnungen wurden aufgestellt, die beweisen sollten, daß die Arbeitnehmererschaft Deutschlands weit besser bezahlt sei als vor dem Kriege, daß der Achtstundentag unvereinbar sei mit der Leistungsfähigkeit der Industrie, und daß die seit Jahr und Tag eingestellten Forderungen der Reparationen die deutsche Wirtschaft unerträglich belasten. Die Leistungen der Sozialpolitik, die mit dem Zusammenbruch der Währung sich verflüchtigt hatten, wurden als eine übermäßige Belastung der Wirtschaft hingestellt. Abbau der Sozialpolitik, Abbau der Löhne und Gehälter, Abbau des Achtstundentags, Abbau der Beamten, das war die allgemeine Lösung des Unternehmertums. In diesen Forderungen spiegelte sich deutlich die geistige Panik des Unternehmertums wieder. Man wollte trotz der Stabilisierung der Währung mit allen Mitteln der Inflation weiter arbeiten: durch Unterbezahlung und Ueberarbeit wollte man weiter das deutsche Volk ausplündern und die von ihm erzeugten Güter an das Ausland verschleudern. Die wucherischen Zinssätze des Finanzkapitals blieben weiter bestehen.

Die von den Sozialdemokraten geführte Reichsregierung unterlag der Panikstimmung des Unternehmertums. Der allgemeine Abbau begann. Am schlimmsten war es wohl, daß eine Bestimmung der Arbeitszeitverordnung den Unternehmern gestattete, Tarifverträge vor ihrem Ablauf zu kündigen. Unter dieser Panikstimmung wollte man auch die Rheinlande „verlassen“ lassen. Man wollte die Arbeitererschaft Rheinlands und Westfalens schutzlos den Machtgeboten der Schwerindustrie ausliefern. Man erklärte sich außerstande, die Unterführungen für die Gemahregelten und Arbeitslosen des Ruhrgebiets weiter aufzubringen.

Unter dem Zeichen des allgemeinen Abbaues und einer beispiellosen Arbeitslosigkeit wurden überall von den Unternehmern die Mantelverträge gekündigt, die vornehmlich die Bestimmungen über die Arbeitszeit festlegten. Die Verhandlungen, die darauf im Januar 1924 zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfanden, scheiterten fast reiflos. Es kam zu Schiedssprüchen, die in der Hauptsache den Forderungen der Unternehmer entsprachen. Diese Schiedssprüche, die durchweg gegen die Stimmen der Arbeitnehmer gefällt wurden, die, wie zum Beispiel im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet, ohne Mitwirkung der Arbeitnehmerorganisationen zustande kamen, wurden fast durchweg vom Reichsarbeitsministerium und dem ihm nachgeordneten Schlichtungsstellen für allgemeinverbindlich erklärt.

Nun kann man wohl auf diese Art Unternehmerdiktate in „Schiedssprüche“ umwandeln und diese für verbindlich erklären, man kann aber nicht hunderttausende und Millionen Arbeiter zwingen, statt acht neun, zehn und zwölf Stunden zu arbeiten. Was die Verbindlichkeitserklärung nicht vermochte, versuchten die Unternehmer durch Aussperrungen zu erzwingen. Im Bergbau, in den Seeschiffswerften, im Baugewerbe, in der Textil- und Holzindustrie, vor allem aber in der Metallindustrie fanden riesige Aussperrungen statt, deren Dauer — die der Werften allein dauerte über drei Monate — für die Entschlossenheit der Arbeiter zeugte, trotz allem fest zu halten am Achtstundentag.

Das barbarische Zweischichtsystem.

Nichts zeigt deutlicher die Zurückdrängung der deutschen Arbeitererschaft während der Stabilisierungskrise als die Tatsache, daß es dem Schwerindustriellen Unternehmertum gelungen ist, für die Hochöfen und Kokereien an Stelle des Dreischichtsystems mit achtfündiger Arbeitszeit das Zweischichtsystem mit zwölfstündiger Arbeitszeit einzuführen. Zugewogen, daß die Wicumbverträge die rheinisch-westfälische Schwerindustrie stark belasteten. Die Arbeitererschaft der Großindustrie stand vor der Alternative, entweder zu verhungern oder sich mit dem Zweischichtsystem abzufinden, das nur vorübergehend bestehen sollte, bis die Werke wieder in Gang gebracht und die Wicumblasten abgewälzt sind. Nachdem beides bewerkstelligt, haben die Unternehmer ihr Versprechen gebrochen und erklärt, daß an eine Umstellung auf das Dreischichtsystem in absehbarer Zeit nicht zu denken sei. In einer ganzen Reihe von Zeitungsartikeln sowie in Broschüren suchten die Schwerindustriellen in Gemeinschaft mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber den Nachweis zu führen, daß die Hüttenindustrie, ja die deutsche Wirtschaft überhaupt, total zugrundegehen müsse, wenn der Zwölfstundentag wieder abgeschafft würde. Die Produktion ließe darunter, die Konkurrenzfähigkeit, während es mit dem Zwölfstundentag nicht halb so schlimm sei, als Nichtfachleute befürchteten. Die effektive Arbeitszeit betrage nur 10 Stunden, und von diesen 10 Stunden entfalle nahezu die Hälfte auf Arbeitsbereitschaft.

So wurde zu dem aus Profügler entsprungenen Unrecht gegen die Hüttenarbeiter der Hahn gefügt. Neben der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitererschaft war es insbesondere die christlich organisierte Arbeitererschaft, die sich gegen diese Unterdrückung wandte. Der ihr nahestehende Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wurde zur Abhilfe gedrängt und versuchte nun, auf die Kokereien und Hochöfen den § 7 der Arbeitszeitverordnung anzuwenden, wonach für Gewerbebetriebe oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, insbesondere für Arbeiter, die in außerordentlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen oder der Gefährdung durch Sprengstoffe ausgesetzt sind, eine Ueberschreitung der achtfündigen Arbeitszeit bzw. der begrenzten Ausnahmen nur zulässig ist, wenn die Ueberschreitung aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist oder wenn sie sich in langjähriger Uebung als unbedenklich erwiesen hat und eine halbe Stunde nicht übersteigt.

Es ist unerfindlich, weshalb die Hochöfen- und Kokereiarbeiter nicht von vornherein dieser Schutzbestimmung unterstellt wurden, die immer noch eine 56stündige Arbeitswoche zuläßt. Das Kabinett stellte diesen Antrag zurück, bis ein diesbezügliches Gutachten des Reichswirtschaftsrats vorliege. Damit war für das Unternehmertum Zeit gewonnen; Bürgerhof und Rechtsberatung würden schon über solche Forderungen zur Tagesordnung übergehen.

Das Unternehmertum will seine Reichstaatswähler nicht umsonst bezahlt haben. Mit welchen Mitteln es arbeitet, geht aus einem Rundschreiben der sattem bekannten nordwestlichen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hervor, das die „Germania“ in einem Artikel von H. Reif, Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, veröffentlicht:

Arbeitgeberverband. Gruppe Nordwest.
Bez. Ueberarbeit.

An unsere Herren Mitarbeiter!
Hierdurch zur oeff. Nachricht, daß wir laut Beschluß unserer Sitzung prochen Wert auf Ueberstunden legen, besonders bei den Gruppen Schwerarbeiter, um bei den kommenden Arbeitszeitverhandlungen mit greifbaren Belegen entgegenwirken zu können.

Wir bitten hieron Kenntnis nehmen zu wollen und um diesbezügliches Material sofort, zum mindesten aber bis zum 31. Dezember 1924 zuzuführen.

Eine eigenartige Beweisführung! Die durch den Lohnbruch zu Ueberstunden gezwungenen Arbeiter sollen, auch ohne Notwendigkeit aus Betriebsrücksichten, dazu getrieben werden, damit ihre Ueberstunden von den Unternehmern gegen sie ausgespielt werden können, als „weisbare Belege“ gegen den Achtstundentag, ja selbst gegen den Schutz nach § 7.

Der Verfasser schämt den Unternehmern auch das Argument aus der Hand, das sie vor Monaten geltend machten, als „die Gefahr“ des § 7 drohte. Aus einem Bericht der „Deutschen Bergwerkszeitung“ — einer der lautesten Kuferinnen gegen den Achtstundentag —, der vom 12. Dezember datiert, wird nachgewiesen, daß die Preissprunghaft steigen und die vorliegenden Aufträge zur Beschäftigung auf drei bis vier Monate hinaus ausreichen.

Das Märchen von der „Arbeitsbereitschaft“ wird an Hand der Arbeitslosenquerschnitten aus dem Hochfenwert Phönix in Hörde in der Woche vom 24. bis 29. November 1924 zerstückt.

Im Reichskabinett war man der Meinung, daß im Hinblick auf die dem Reichsarbeitsminister nach § 7 obliegende gesetzliche Verpflichtung zum Erlass der entsprechenden Bestimmungen man ein Uebervorhaben über den Anfang Januar hinaus nicht verantworten könne. Es ist also höchste Zeit, diesem unerhörten Skandal ein Ende zu machen. Mit Recht erklärte Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, auf dessen letzter Tagung:

„Was aber besonders angeht, ist, alle Bänder zu beunruhigen, das ist die Entscheidung, die durch eine Reihe von Kollektivverträgen getroffen wurde, besonders in der Metallindustrie, auf das Dreischichtsystem zu je 8 Stunden zu verzichten und zu dem allgemein bekämpften barbarischen System der zwei Schichten zu je 12 Stunden zurückzukehren.“

Schafft die Regierung nicht bald die zugesagte Abhilfe, dann bleibt der Arbeitererschaft nichts weiter übrig, als zu gegebener Zeit den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. Es handelt sich hier nicht nur um eine Angelegenheit der Hüttenarbeiter, sondern um die Sache der Gesamtarbeitererschaft.

Ein neues Arbeitszeitgesetz.

Amstich wird mitgeteilt:

Das Reichsarbeitsministerium hat seine Vorarbeiten für ein neues Arbeitszeitgesetz so weit gefördert, daß bereits Beratungen mit den Interessenten stattfinden. So ist kürzlich eine paritätische Kommission, bestehend aus drei Arbeitgeber- und drei Gewerkschaftsvertretern, im Reichsarbeitsministerium zum erstenmal zusammengetreten, um über die Absichten der Regierung informiert zu werden.

An den maßgebenden Stellen wird neuerdings auch der Gedanke eines Rahmengesetzes über ein Achtstundentagsgesetz erwogen, das innerhalb der einzelnen Industrie- und Gewerbebetriebe die Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen Notwendigkeiten ermöglichen würde.

Aus dem mitteldeutschen Braunkohlengebiet.

Der Schiedsspruch, der am Montag in Halle für das mitteldeutsche Braunkohlenggebiet erging, brachte eine Verfeinerung des bisherigen Arbeitszeitabkommens und des Mantelvertrages. Beide Verträge können mit sechsmonatiger Frist gekündigt werden, erstmals am 15. Mai zum 30. Juli 1925. Der Mantelvertrag sieht bisher den Achtstundentag im Prinzip vor, die bestellende Mehrarbeit muß aber ebenfalls weiter durchgeführt werden. Infolgedessen beträgt auch weiterhin die Untertagearbeit 8 1/2 bis 9 Stunden, die Uebertagearbeit sogar volle 10 Stunden bei einer Schichtzeit von 12 Stunden. Unterbrechungen, die länger als 10 Minuten dauern, werden als Pause anzurechnen.

Vom 1. Januar ab tritt eine Erhöhung des Lohnes um 4 Prozent ein. Eine besondere Bestimmung ist aufgenommen für den Fall, daß das Washingtoner Abkommen angenommen wird oder in anderen Bergbaubezirken eine für die Arbeitnehmer günstigere Regelung erfolgt. Für diesen Fall können die jetzt getroffenen Vereinbarungen rückgängig gemacht werden. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des neuen Schiedsspruches durch die Arbeitnehmer erfolgt am 1. Januar in einer allgemeinen Revierkonferenz in Halle.

Die Unternehmerpresse mißt den Verhandlungen in Halle für das gesamte Wirtschaftswesen größte Bedeutung bei, und zwar wegen der Frage, ob das Zweischichtsystem nun endlich durch das Dreischichtsystem ersetzt werden soll.

Die Wiedereinführung des Achtstundentages, also des Zweischichtsystems, schrieb die „D.Z.“ noch am Montag, würde für die Industrie ein schwerer Schlag und eine neue Verteuerung der Produktion bedeuten; für die Arbeiter, die im Braunkohlengebiet im offenen Tagebau arbeiten, ist eine Verkürzung der Arbeitszeit aus sozialen Gründen keineswegs erforderlich; ebenso ist natürlich eine Anwendung des § 7 des Arbeitszeitgesetzes für sie ausgeschlossen; die Arbeitsbedingungen sind für sie wesentlich günstiger als für die Untertagearbeiter des Steinkohlengebietes. Es ist daher anzunehmen, daß die Gewerkschaften ihre Forderungen nicht durchsetzen werden.

Wenn auch nicht die Braunkohlengarbeiter, so wird doch das Unternehmertum mit diesem Schiedsspruch gegen den Achtstundentag zufrieden sein.

Schiedssprüche in der Metallindustrie.

Dortmund, 30. Dezember. (Eca.) Im Lohnstreit der elektrotechnischen Industrie Niederheir-Bassalen wurde gestern ein Schiedsspruch gefällt, wonach die zum 31. Dezember gekündigte Lohnregelung über diesen Termin hinaus verlängert wird. Den Parteien wurde eine Erklärungsfrist bis zum 3. Januar 1925 gegeben. Auch für die orthopädischen und chirurgischen Mechaniker im Gebiet des Verborgensamtes Münster wurde gestern eine Vertagung getroffen, die eine Erhöhung des bisherigen Spigenlohnes von 70 auf 80 Pf. vorsieht.

Die Lohnbewegung der Saar-Eisenbahner.

Saarbrücken, 29. Dezember. Wie die Mitb. von unternichteter Seite erfahren, ist eine Antwort der Regierungskommission auf die von den Eisenbahnergewerkschaften am 24. Dezember gestellte Forderung auf unverzügliche Ausnahme neuer Lohnverhandlungen noch nicht erfolgt. Von den Gewerkschaften wird eine durchgreifende Lohnerhöhung von 25 bis 30 Proz. gefordert. Bekanntlich hatte die Regierungskommission am 22. Dezember den Gewerkschaften mitgeteilt, daß sie angesichts der ungelärten politischen Lage des Saargebiets die Verhandlungen erst am 10. Januar wieder aufnehmen könne. Sie hatte eine kleine Wirtschaftsbeihilfe von 35 bis 70 Franken (8 bis 16 Mark) angeboten, die von den Gewerkschaften als gänzlich unzureichend zur Behebung der Notlage der Arbeitererschaft bezeichnet wurde. Die Erregung unter der Eisenbahnererschaft ist immer noch sehr groß. Es heißt, daß die Gewerkschaften entschlossen sind, bei Ablehnung ihrer Forderungen in den Ausstand zu treten.

Achtung, Chirurgiemechanik! In den Betrieben von Adam Schneider und vom Medizinischen Warenhaus geht der Streik durch die Halsstarrigkeit der Unternehmer unvermindert weiter. Wir ersuchen die gesamten Metallarbeiter die bestreikten Betriebe zu meiden trotz der Streikbrechergehalte in bürgerlichen Zeitungen.

Deutscher Werkmeister-Verband, Bezirks-Verein Charlottenburg I. Mit-alleberverammlung am Freitag den 2. Januar 1925, 8 Uhr abends. Vortrag des Kollegen Kurt Heine über „Steuerwesen“.

Deutscher Werkmeister-Verband, Bezirksverein W. Fachgruppe Chemie. Am Freitag, den 2. Januar 1925 abends 7 Uhr, Generalversammlung in Saarlands Kellerei. Neue Reichsrichterei. Brandversicherungsträmien sind in dieser Versammlung zu zahlen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaftl. u. S. Steiner; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Höfner; Kulturfragen: Dr. John Schifano; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glöde. Amstich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Stern 7 Kellerei.



Hühneraug' auf Zeh' und Sohl'
Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filtring.

Gründliche Kräftigung und Auffrischung

verschafft das vorzügliche, billige, wohlschmeckende Biomalz. Es gibt wohl kein einfacheres, bequemer Mittel; keines erfreut sich einer gleich großen und uneingeschränkten Beliebtheit wie Biomalz. Neben der Hebung des Kräftegefühls tritt fast immer eine

auffallende Besserung des Aussehens

ein. Man fühlt sich geradezu wie verjüngt. Mit keinem andern Kräftigungsmittel kann man bessere Erfolge erzielen als

mit Biomalz



Was nehmen die Kräfte?
Alle Erleichterungen und Hilfsmittel ersetzen nicht die Wirkung, was Apoptitanregnung und Kräftigung anlangt, wie Biomalz. In meiner eigenen Familie bin ich mit der Anwendung ganz besonders zufrieden.
Dr. R. in G.

... Das von mir schon oft und mit gutem Erfolge in der Praxis verwendete Biomalz wird nun diesmal meinen Kindern zugute kommen.
Biomalz hat sich bei meiner Frau und beiden Söhnen vorzüglich bewährt.
Dr. J. in B.

Preis einer Dose Biomalz 1.00 Mark, mit Filtring 5 Mark, mit 10 Filtringen 10 Mark, mit 20 Filtringen 20 Mark, mit 30 Filtringen 30 Mark, mit 40 Filtringen 40 Mark, mit 50 Filtringen 50 Mark, mit 60 Filtringen 60 Mark, mit 70 Filtringen 70 Mark, mit 80 Filtringen 80 Mark, mit 90 Filtringen 90 Mark, mit 100 Filtringen 100 Mark.



Neujahrsnacht in der Siegesallee

4.
Otto der Faule bat: Ihr Herrn,
Bestimmen Sie, ich folge gern.
Die Wilhelms und die Friederichs,
Die überlegten lange sich's.

5.
Ludwig, das Kind, schlug vor: die Nacht
Sei Huldigung dem Chef gebracht.
Es zeichne jeder Fürstentamm
Ein Neujahrsgrüßwunsch-Telegramm.

6.
Der Große Kurfürst sprach im Zorn,
Das klang wie Mesalliance und Doorn,
Wie Ludendorff und Strategie
Und auch wie gottverdammtes Vieh.

7.
Es funkelte der Alte Feih,
Dieweil ihn fror: Verdammter Biß,
Wer hat zum Lachen aller Welt
Mich hier als Puppe hergestellt?

8.
Dann ward es stumm. Ein Schupomann
Sah sich die Herrn verärgert an.
Wozu bewachen, meint er still,
Was doch kein Teufel holen will?

9.
Ein Arbeitsmann sprach sehr verwirrt:
Ich hab' im Feiertag mich verirrt.
Der Schupo, der ihm Wege weist,
Dacht hell: hier gibt es keinen Geist.

10.
Die spuken nur Silvester nacht,
Dann sind sie schnell zur Ruh gebracht
Und seh'n die weißen Beine steif,
Für jede Rumpelkammer reif.

11.
Der Arbeitsmann geht froh nach Haus,
Der alte Spuk ist gründlich aus.
Der Wind wird Schutt und Staub verweh'n,
Wir aber, schwört er, werden sehn.

12.
Die schönste Straße sei ab heut
Dem Sieg des freien Volks geweiht,
Und jede Fahne stattre lähn,
Was tausend Herzen freudig glüh'n.

13.
Neujahrsnacht schöner besser Zeit,
Die Volk von letzter Schmach befreit,
Beginne leuchtend dein Geschick,
Prost Neujahr, freie Republik!

1.
Es war in einer hellen Nacht,
Der bleiche Mond hielt weiße Wacht,
Doch weißer war der Marmor noch,
So daß der Mond sich scheu verkoch.

2.
Es sprach der Hohenzollernchor:
Da steht man und man stellt nichts vor
Als dieses oder jenes Bein.
Verstücht ist's, solch ein Standbild sein.

3.
Der Wittelsbacher rief: Nur zu,
Ich pfeif' auf königliche Ruh,
Schmiert jeder Schusterjunge froh
Um königliche Fehen Pech.

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Sie ging zu Bertram hinüber, setzte sich neben ihn und sah ihn mit lustigen Augen an. „Natürlich glaube ich auch nicht, daß unsere Heere besiegt worden sind — ich bin Deutsche —, aber der Mut, mit dem Sie den General angriffen, hat mir imponiert. Sie erinnerten mich an St. Georg und den Drachen.“

„Der Drache war ich,“ sagte Bertram, „ich habe ja Feuer und Flamme gespuckt, ein beschämender Zwischenfall.“

„Ich liebe die Aufrichtigkeit,“ war ihre Antwort, „und ich hoffe Generale.“

„D wirklich? Hier scheint man doch sehr hoch von ihnen zu denken.“

„Vielleicht in Salons wie hier, aber das Volk denkt anders,“ flüsterte sie. „Und ich lebe dazwischen, ich arbeite in Kinderhospitälern, kenne die Arbeiter und ihre Frauen. Die hassen den Krieg mit allem, was daran hängt. Nie wieder sagen sie“

„Auch nicht gegen Frankreich?“

Sie zögerte einen Augenblick. „Auch nicht gegen Frankreich, wenn es uns anständig behandel'n würde.“

Dann schaute sie bewundernd zu Dorothy hinüber. „Ihre schöne Schwester hat mich zur Parissistin gemacht und mich von all meinen bösen Fehlern befreit.“

„Waren Sie sehr böse?“

„In Gedanken gewiß. Voller Zorn und Intoleranz und Empörung. Jetzt werde ich allmählich gut.“

Dorothy lud Fräulein von Wegener oft ein, nicht nur in ihr Haus, sondern auch in die Oper, wo sie neben Bertram ihren Platz erhielt, zu Landpartien in den Grunewald, wo sie in ihren einfachen, selbstverfertigten Musselinkleidern allerliebste aussah, und zu den Abendkonzerten in den Gärten um Berlin.

Sie hieß Anna, und da sie mit Dorothy so eng befreundet war, bestand sie darauf, daß Bertram sie nicht mehr „gnädiges Fräulein“, sondern einfach mit ihrem Vornamen nennet sollte, wie auch sie ihn bei seinem Namen rief. Bertram fand sie unterhaltend und war nicht blind gegen die Tatsache, daß sie ausgiebig mit ihm flirtete. Aber es war ihm nicht unangenehm, er hatte es gern. Er hatte auch die kleine Locke gern, die um ihre Wangen spielte, und ihre milchweiße Haut, ihre lachende Stimme und hübsche, volle Gestalt. Sie war

das, was Christy in seiner trockenen Weise ein „kleines pummeliges Ding und höchst gefährlich“ nannte.

Gefährlich fand Bertram sie nicht, obwohl er sich eingestand, daß er auf seiner Hut sein mußte, um nicht in Versuchung zu fallen. Er war ja jetzt, da Joyce ihn so schmählich aufgegeben, ein freier Mann, der keine Versuchung mehr abzuwehren brauchte, aber er hatte ein hartes Gewissen, das ihn von leichten Liebesabenteuern zurückhielt. Schließlich war dies junge Mädchen von hohem Stande. Bei ihr wäre eine Liebslei gleichbedeutend mit einer Heirat, und so frei war er doch noch nicht und auch nicht dazu geneigt.

Einen Augenblick der Gefahr gab es doch für ihn. Des war im Grunewald. Dorothy und ihr Gatte waren Hand in Hand davongewandert, ganz wie die vielen Pärchen, die dahin gekommen waren. Anna und Bertram saßen in einem kleinen Gehüsch, wo sie alle Bier vor einer Stunde ihren mitgebrachten Tee getrunken hatten. Die Vögel sangen in den Zweigen, Bertram sah mit dem Rücken an einen Baum gelehnt und sah dem Spiel der Sonnenstrahlen in dem Laube zu. Anna sah etwas weiter auf dem Grase, ihr helles Musselinkleid ausgebreitet und den Hut neben sich. Der Abendwind spielte sanft mit der kleinen Locke, sie sah aus wie eine Prinzessin in einem deutschen Märchen.

„Bertram,“ sagte sie, „Sie sind so still. Sprechen Sie mit mir, und sagen Sie mir etwas Hübsches.“

„Schweigen ist auch gut,“ antwortete er. „Ich liebe es, Ihre Schönheit anzusehen.“

„So? Nun, das höre ich gern von Ihnen.“

„Ich hab's ja gesagt.“

„Sagen Sie es noch einmal. Finden Sie mich hübsch?“

„Wunderbar schön.“

„Nein, so nicht. Das war unaufrichtig. Dorothy ist eine Schönheit, ich bin nur ein hübsches Mädel. Haben Sie mich gern, Bertram?“

„Sehr!“

„Und ich bin gern mit Ihnen zusammen und würde hingehen, wo Sie hingehen.“

Bertram fühlte einen kleinen Schreck. Da war die Gefahr. Er durfte sich nicht hinreißend lassen, er wußte, daß ein kleiner Funke seine Leidenschaft bald hoch aufflammen ließ. Das durfte nicht sein. Dafür war ihm dieses deutsche Mädchen zu gut. Er sagte: „Ich fürchte, wenn Sie dahin gingen, wohin mich mein Weg führt, so wäre es zu sehr übeln Plätzen. Ich reise nächste Woche nach Moskau!“

In diesem Augenblick kamen Dorothy und ihr Mann von ihrem Spaziergange zurück, und das Gespräch wurde wieder allgemein.

Auf dem Heimwege teilte Bertram seiner Schwester mit, daß seine Zeitung ihm depechiert hätte. Sein Paß war von den Sowjetautoritäten visiert, und Christy wartete auf ihn, um mit ihm zusammen die Wolga hinunterzufahren ins Hungergebiet. Bernard Hall wollte die Wahrheit darüber wissen.

Für Dorothy war diese Nachricht ein Schlag. „Ich kann dich nicht verlassen,“ rief sie. „Bleib hier, Bertram! Gib den Besuch in Rußland auf. Dort ist's gefährlicher als je. Bleib bei uns in Deutschland und richte dir hier dein Heim ein.“

„Mein Heim?“ und Mitleid mit sich selbst ersah sie ihn.

„Ich hab' kein Heim mehr, seit Joyce mich verlassen hat.“

Dorothy antwortete ihm mit leiser, aufgeregter Stimme. „Es gibt auch in Deutschland gute Frauen, und eine liebt dich schon.“

„Anna von Wegener?“

„Das hast du erraten?“ fragte sie, ganz erstaunt über seine Hellsehigkeit.

Er lachte. „Das war nicht schwer.“ Dann aber sprach er ernst mit dieser Schwester, die immer seine Vertraute gewesen war.

Der Gedanke an Joyce verfolgte mich noch immer. Ich tue so, als wäre ich mit ihr fertig, als hätte ich mir ihr Bild aus dem Herzen gerissen. Das ist eine elende Lüge. Sie ist nachts in meinen Träumen und steht zwischen mir und dem Sonnenlicht. Ich kann nicht mit anderen Frauen spielen, oder mehr als spielen, ehe Joyce aus meinem Herzen gerissen ist, und die Wunde nicht mehr schmerzt.“

Dorothy drückte ihm warm die Hand. „Erkläre das auch Anna, damit sie mich nicht für herzlos hält,“ bat er. Und Dorothy mußte wohl sehr gut erklärt haben, denn als Anna von Wegener das nächstemal mit Bertram zusammentraf, war sie sehr ruhig und zeigte nur durch ihr Erröten, daß sie sich an ihr Gespräch im Walde erinnerte. Sie war dann mit beiden am Schlesißen Bahnhof, als Bertram den Zug nach Riga benutzte.

„Ich werde für dich beten,“ sagte Dorothy. „Bleibe nur nicht zu lange in dem schrecklichen Lande.“

„Nimm deine Gesundheit in acht, lieber Junge!“ Und Arenburg drückte ihm warm die Hand. „Und vergessen Sie Ihre Freunde nicht,“ rief Anna, und alle drei grüßten noch lange dem davondampfenden Zuge nach.

Bertram sah lange still in seinem Kupee und überdachte das Kapitel seines Aufenthaltes in Deutschland. Vielleicht kam er wirklich nie aus Rußland zurück, wo Krankheit, Hunger, Verbrechen und alle möglichen Gefahren lauerten. Es war ja von der Welt abgeschnitten. Nachrichten kamen weder hinein, noch wurden welche herausgelassen. (Fortf. folgt.)

Kannibalen.

Der Menschenfresser von Münsterberg gibt Veranlassung zu einer Betrachtung über das Kannibalentum. Das Wort selbst stammt als Bezeichnung für das Menschenfressen von dem Wort „Karibal“.

Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, daß sich das Menschenfressen auf die Wilden beschränkt. Es erstreckt sich auch auf die zivilisierte Menschheit. So ist es durchaus kein Märdin, daß im Jahre 1921 in Rußland die Mütter ihre Kinder verzehrt haben.

Will dies muß man im Auge behalten, will man die drei in der Kriminalgeschichte, soweit bekannt, einzig dastehenden Fälle Großmann, Haarmann und Dente, in denen der Genuß von Menschenfleisch eine Rolle spielt, richtig würdigen.

Denke war von all den drei genannten Märdern nicht vorbestraft. Sein Tod wird eine vollkommene Aufklärung seiner Untaten unmöglich machen.

taten unmöglich machen. Trotzdem wird durch Befragen seiner Verwandten und Bekannten wohl allmählich ein Bild von seiner Persönlichkeit konstruiert werden können.

Wie dem auch sei: der Fall Dente, auf den noch zurückzukommen sein wird, wird neben denen von Großmann und Haarmann zu den schwersten in der Kriminalgeschichte gehören.

Anfall eines Dzeanriesen. Der größte Dampfer der White Star Line „Majestic“ (56 551 Tonnen) hat, wie sich kürzlich bei seiner Ankunft in New York herausstellte, auf der sehr stürmischen Ueberfahrt durch einen klaffenden Riß eine schwere Havarie erlitten.

Wettersturz in Schlesien. Im ober-schlesischen Gebirge ist ein großer Wettersturz eingetreten, besonders auf dem Ramm hat ein anhaltender Schneefall eingesetzt.

Sturmflut in Casablanca. Der neue Hafen von Casablanca wurde durch eine Sturmflut schwer beschädigt. Die Raimauer wurde vollständig weggeschwemmt und das Gebäude der Hafenpolizei zerstört.

Die Loire tritt über die Ufer. In der Gegend von Beauvais im Departement Oise sind durch die Uberschwemmung der Loire viele Kellerräume unter Wasser gesetzt worden.

Hochwasser im Gebiet der Themse. Die Themse fährt Hochwasser und steigt weiter. Das Vieh auf den niedrig gelegenen Wiesen mußte in Sicherheit gebracht werden.

Ungeübliche Kälte in Italien. Nach einer Meldung aus Rom hat Italien seit langem keinen so strengen Winter zu verzeichnen gehabt wie in diesem Jahre.

Das Wiener Rathaus wird am Silvesterabend seine herrliche gotische Gestalt im Glanz der Hellbeleuchtung erstrahlen lassen.

Gesoffe Maxer Bleier spricht Neujahr, vormittags 10 Uhr, in der Trinitatisstraße, Charlottenburg, Karl-Liebknecht-Platz, über das Thema: „Wie das neue Jahr ein Glücksjahr?“

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Heute, Mittwoch, den 31. Dezember. 21. Abt. Die Funktionäre werden gebeten, wegen Quarantäneabfluß alle Sammelstellen und Marken abzurufen.

Jugendveranstaltungen. Abt. Jugendgenossen und Jugendgenossinnen! Bedacht die Morgenfeier am Sonntag, den 4. Januar 1925, vorm. 10 Uhr.

Heute, Mittwoch, den 31. Dezember, abends 7 1/2 Uhr. Abt. II: Gemeindefeste am Stephansplatz.

Abt. III: Christannestheil! Am Sonntag, den 4. Januar, abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim.

Vorträge, Vereine und Versammlungen. Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 7/88, Hof 2 Tr.

Arbeiterport. Keine Turnerschaft Groß-Berlin, Bezirk Süd. 1. Januar Halbtagspathe nach Grunow-Autoren.

Geschäftliche Mitteilungen. Vom 2. bis 8. Januar bietet die Firma S. Wam Gelegenheit, ihre Waren gute Werte zu wirklich außerordentlich billigen Preisen einzukaufen.

Unser Inwarentum AUSWERKKAUF IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN! beginnt Freitag, den 2. Januar Es gelangen Restbestände und andere Gelegenheitsposten teilweise bis 50% unter den regulären Preisen zum Verkauf Beachten Sie unsere morgen erscheinenden Ankündigungen MERMANN TIETZ

Die Börse im Jahre 1924.

Es war vorauszusehen, daß der mit der Umstellung auf eine stabilere Währung im deutschen Wirtschaftsleben vorzunehmende Reinigungsprozeß auch den Effektenhandel stark in Mitleidenschaft ziehen würde. Trotzdem gab sich die Börsenspekulation bei Beginn des Jahres 1924 noch einem weitgehenden Optimismus hin und im Laufe des Monats Januar trat das Geschäft in Aktien einen ausgesprochen lebhaften Charakter. Man glaubte vor allem, daß die Stabilisierung der deutschen Währung einen rascheren Zugang ausländischen Kapitals und regere Beteiligung ausländischer Interessenten an deutschen Effektengehiß zur Folge haben würde. Es mögen dem Wertpapiermarkt auch gewisse Gewinne zugeflossen sein, die aus der damals in vollem Zuge befindlichen Frankenspekulation à la Baïsse resultierten. Die Börse lebte in den ersten beiden Monaten des abgelaufenen Jahres noch ganz in den Vorstellungen der Inflationszeit, mit dem einzigen Unterschiede, daß am Devisenmarkt an die Stelle der sinkenden Mark der ebenfalls scharf rückgängige französische Frank getreten war. Sehr bald trat jedoch eine peinliche Ernüchterung ein. Unter dem Druck der allgemeinen Geldknappheit und der außerordentlich hohen Zinssätze bildete sich bereits im März eine rückläufige Bewegung der Kurse am Markt der Dividendenpapiere heraus, die ein verschärftes Tempo einschlug, als Anfang April die Reichsbank ihre Kredite stark einschränkte und dadurch vor allem den Warenhandel und die Industrie zwang, die in der Inflationszeit zu Zwecken der Wertpapiersicherung erworbenen Effekten abzugeben. Diese rückläufige Bewegung setzte sich bis in den Hochsommer hinein fort.

Neben der Geld- und Kreditfrage wirkte aber auf das Kursniveau auch die allmählich sich vollziehende geistige Umstellung der Börse zurück. An die Stelle der bisherigen Ueberschätzung der Bedeutung der Sachwerte trat eine nüchterne Kalkulation, die den Wert der industriellen Unternehmungen nicht mehr ausschließlich nach dem vorhandenen Sachwert (Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Rohstoffe und Bauxitvorräte usw.), sondern vorwiegend unter Berücksichtigung der durch Ausnutzung dieser Sachwerte bei der augenblicklichen Konjunktur zu erzielenden Rentabilität des Anlagekapitals beurteilte. Man prüfte wieder strenger als in der Inflationszeit den Auftragsbestand und Beschäftigungsgrad, die Spanne zwischen Selbstkosten und Verkaufspreis in den verschiedenen Gewerben und in den einzelnen Unternehmungen. Die vorkriegsmäßigen Maßstäbe der Effektenbewertung und Konjunkturbeurteilung kamen wieder zu ihrem Rechte. Einen sehr starken Einfluß auf die allgemeine Börsenklage übte auch die im Anschluß an den Zusammenbruch der internationalen Frankenspekulation einsetzende Vertrauenskrise aus. In Wien wie an den reichsdeutschen Börsen waren durch diese verfehlte Spekulation Verluste von mehreren hundert Millionen Goldmark entstanden, deren Abdeckung vielfach nur durch Preisgabe größerer Effektenbestände möglich war. Um die Gefahr einer allgemeinen Deroute zu bannen, entschlossen sich die großen Berliner Banken zu einer Stützungsaktion. Schon die Bekanntgabe dieses Beschlusses wirkte beruhigend auf die besessenen Börsen, so daß die Borsen nur in ganz seltenen Ausnahmefällen zu intervenieren durften, um größeres Unheil zu verhüten. Im Sommer und Herbst wirkte jedoch einer durchgreifenden Erholung am Effektenmarkt noch die rigorose Anwendung der am Schluß des Jahres 1923 erlassenen Goldbilanzverordnung durch eine Anzahl von Aktiengesellschaften entgegen, die befreit waren, bei dieser Gelegenheit nicht nur eine Umstellung ihres Grundkapitals auf Goldmark vorzunehmen, sondern hiermit eine Sanierung zu verbinden. Gegen diese Bilanzierungs- und Umstellungsmethoden nahmen schließlich sogar verschiedene Großbanken in ihren wirtschaftlichen Mitteilungen Stellung. Dem Einfluß dieser Institute ist es wohl auch zuzuschreiben, daß im weiteren Verlaufe, besonders bei den großen Industriekonzernen, die Umstellung sich unter stärkerer Berücksichtigung der Borkriegskapitalien vollzog. Immerhin gerieten durch den Umstellungsprozeß diejenigen Kleinaktionäre, die erst in der Inflationszeit ihren Effektenbesitz erworben hatten, in größere Verlegenheit und sahen sich vielfach genötigt, ihre Papiere zu veräußern. Von der Mitte des Jahres ab gewann eine wilde Spekulation in den alten Anleihen des Reiches, der Länder und der Städte an den Börsen die Oberhand. Die Handelskammer Berlin äußerte sich Ende September hierüber folgendermaßen:

Zufwertung vorsteht, ist es zu einem regelrechten Zusammenbruch dieser Spekulation gekommen. Ob aber dieser Zusammenbruch den heilsamen Abschluß einer um Vernunftgründe wenig besorgten Spekulation bedeutet, steht angesichts der Tatsache, daß die Aufwertungsfrage zum Objekt der Parteipolitik gemacht worden ist, noch dahin.

Gegen Ende des abgelaufenen Jahres hat sich an den Börsen unter dem Eindruck des Zustandekommens der Reparationsanleihe und etwas williger Haltung des ausländischen Großkapitals in der Frage der Gewährung von Privatkrediten an die deutsche Wirtschaft eine freundlichere Beurteilung der Lage durchgesetzt, die allmählich auch in einer Höherbewertung der Aktien zum Ausdruck kam. Es stellten sich für verschiedene Wertpapiergruppen noch besonders anregende Momente ein, wie z. B. die Aussicht auf Grün-

Jahresabschluss.



„Alle Losen, die von englischen Divers-Granaten gefallen sind, herauskretzen. Ihr seid mir noch die Lanterne schuldig.“

derung von Interessengemeinschaften und Kartellen für die europäische Schwerindustrie. Auch die Tatsache, daß die vom Reparationsagenten aus dem Erlös der Anleihe zurückgezahlten Reparationsvorschuße in Höhe von ca. 215 Millionen Goldmark wohl zu einem großen Teile zur Zurücksetzung der sogenannten Ruhrschäden an die westliche Schwerindustrie verwendet werden, weckt die Hoffnung, daß in absehbarer Zeit von dieser Seite Rückkäufe und Autarkiekäufe am Wertpapiermarkt vorgenommen werden. Ein ungefähres Bild von den Schwankungen der Börsenkongjunktur im Jahre 1924 ergibt die nachstehende tabellarische Uebersicht über den vom Statistischen Reichsamte berechneten Aktienindex in Gold:

	Vergbau- u. Schwerindustrie	verarbeitende Industrie	Handel und Verkehr	Gesamt
Januar	45,74	44,21	15,77	35,76
Februar	48,93	47,57	17,53	38,64
März	30,91	30,04	14,02	31,48
April	29,50	28,87	10,46	23,33
Mai	25,96	24,32	9,86	20,18
Juni	23,08	19,93	8,86	17,50
Juli	28,59	20,71	10,13	18,49
August	29,81	27,98	13,02	24,14
September	31,15	28,59	14,39	25,31
Oktober	30,61	27,20	14,67	24,75
November	33,25	29,67	14,56	26,81

Die Aussichten der Börse für das neue Jahr sind insofern noch ungunstig, als noch den Beobachtungen der letzten Wochen Käufe aus industriellen Kreisen und wohl auch aus dem Auslande stärker als zuvor zur Ausführung kommen. Auch die im November vorgenommene Herabsetzung des Händler- und Kundenstempels erleichtert eine Belebung des Effektengehiß ganz erheblich. Je mehr die Börse die Führung mit der eigentlichen Wirtschaft wiedergewinnt

und sich auf ihre natürlichen Funktionen besinnt, um so mehr wird sie auch aus einer für das kommende Jahr wohl in bescheidenem Umfange zu erwartenden Besserung der Gesamtkonjunktur Nutzen ziehen können. W. Vogel.

Die Berliner Handelskammer über das Wirtschaftsjahr 1924.

Die Berliner Handelskammer veröffentlicht ihren Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1924. Den Gesamtcharakter des abgelaufenen Jahres umreißt der Bericht mit folgenden Ausführungen:

„Den Lauf des Jahres überblickend, wird man das geschäftliche Leben etwa im ersten Viertel als den Umständen noch nach in der Hauptsache befriedigend bezeichnen können; im Frühling und Sommer ließ es so gut wie alles zu wünschlichen übrig; im Herbst gewann es mit dem Umsatz der neuen Ernte, mit der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes und mit der Beruhigung über unsere nächste außenpolitische Zukunft wieder einige Regalmkeit. Derartige Charakteristika können selbstverständlich immer nur einen ideellen Durchschnitt zu schildern versuchen, von dem nach beiden Seiten starke Abweichungen vorkommen. So stand über dem Durchschnitt im abgelaufenen Jahre wohl die Elektrizitätsindustrie, die in der glücklichen Lage ist, technische Verbesserungen anzubieten, die sich mit Notwendigkeit durchsetzen müssen. Ihr jüngster Zweig, die Radio-Industrie, eroberte sich mit der Gewalt einer neuen Mode einen großen Markt; freilich warf sich auf ihn alsbald zu gegenseitigem Schaden eine Ueberzahl von Konkurrenten. Auch Automobil- und Flugzeugbau waren in befriedigender Lage. Am erfreulichsten aber ist, daß vermöge der aus der Hausjinststeuer beschafften öffentlichen Gelder das Hochbaugewerbe seit dem vergangenen Sommer endlich wieder die lange ersehnte Belebung gewann und bis zu voller Beschäftigung der verfügbaren Arbeitskräfte gelangte, und somit auch die zahlreichen Zulieferer-Gewerbe befruchtete. — Als Beispiel eines Zweiges, der dem ganzen Jahre keine günstige Periode abgewinnen konnte, mag demgegenüber der Lokomotivbau erwähnt sein, dessen in- und ausländischen Absatz und Auftragsingang die oben geschilderten ungünstigen Momente mit voller Wucht trafen. Und dabei konnte er glänzende Beweise seiner technischen Leistungsfähigkeit auf der im September nahe Berlin veranstalteten Eisenbahntechnischen Ausstellung geben! Im allgemeinen waren also Industrie und Handel in den verhängnisvollen Kreislauf gebannt: mangelhafte Kaufkraft und mangelhafter Absatz im In- und Ausland, — also kleinere Produktion bzw. Lagerhaltung, somit größere Selbstkosten und höhere Preise —, also, bei andauernder Verarmung der großen Massen, noch geringerer Absatz, und so fort. Bei allgemeinem schwerem Kapitalmangel waren Industrie und Großhandel gleichsam zu eng mit den letzten Verbrauchern als ihrer Geldquelle gekuppelt; sie hatten die Stöße rasch wechselnder Nachfrage auszuhalten, es fehlte die Federung, welche bei normaler Ausstattung der Wirtschaft das Großkapital in Händen der Industrie, des Großhandels und der Banken in wohlthätiger Weise liefert, indem es gleichmäßigere zeitliche Verteilung der Arbeit ermöglicht.“

Zum Schluß ihrer Betrachtung weist die Berliner Handelskammer auf die zunehmende Tendenz zur Verständigung der Völker in politischen und wirtschaftlichen Dingen hin: „Und noch ein Tröstliches vermag der Rückblick gerade auf das Jahr 1924 dem Betrachter mitzugeben. Vor Jahresfrist, in dunkler Zeit fremdstaatlicher Vergewaltigung, haben wir uns an dieser Stelle auf die Gemeinschaft berufen, die unter den Völkern besteht, wenn sie auch zeitweilig vergessen werde. In dem großen internationalen Aktion des vergangenen Jahres hat dieser Menschheitsgedanke bemiesen, daß er lebt und wirkt. Gewiß hat er nicht in Reinheit die Reparationslösung der Sachverständigen und ihrer Auftraggeber geleitet, sondern ihr reales Streben ging dahin, aus unserer Arbeit den möglichst großen Tribut für die Sieger herauszuholen. Aber sie erkannten doch die Idee an, daß ein Mitglied der Völkergemeinschaft gegenüber den anderen ein Recht auf Existenz habe, daß die Weltgeschichte nicht einen Vernichtungskampf unter den Nationen darstellen dürfe. Sie nahen ihre Arbeit an dieser Idee, rechtsfertigten sich, wenn sie fürchteten, daß ihnen ein Verstoß gegen dieselbe vorgeworfen werden könnte. Wenn sie falsch gemessen haben, wenn ihre Rechtsfertigungen vor dem Weltgewissen, dem sie sich verantwortlich bekennen, nicht dauernd bestehen können, so ist das Sache unzulänglichen Erlernens oder vorerinnommenen Willens; inwiefern dieses oder jenes, ist eine unentscheidbare Gewissensfrage. Fehlgriffe ändern aber nichts an der Tatsache, daß man sich doch vor der Menschheitsidee widerspruchslos beugt. Und ähnlich ist in Beziehung auf andere Probleme, dieser Idee auf der Völkertagung in Genf, ist ihr auch in den nüchternen Stipulationen der Handelsverträge gehuldigt worden. Möge diese geistige Macht ihre Herrschaft bald und stark erweitern, möge sie uns in unserem gerechten Kampfe um unsere Daseinsbedingungen als Verbündete an der Seite bleiben!“

In der Richtung dieses Menschheitsgedankens liegt weder eine reine Machtpolitik noch deutschnationaler Auffassung noch eine Absperrung der Völker durch Hochschutzzölle.

Der französische Zolltarif.

Der neue französische Zolltarif sieht Maximal- und Minimal-sätze vor. Dieser Tarif ist für die Handelsvertragsverhandlungen von

Die altberühmte Zigarette im neuen großen Format

MARSRYTTTER

ZUGLEICH

NAME UND BIERGSCHAFT ZUGLEICH

83

